

Tale  
Kiel, 07.11.2018

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## Bürgerfreundlichkeit lohnt sich, auch in der Sprache

*Lars Harms: TOP 17 + 34 - Bürgerfreundliche Sprache in der Verwaltung und Bericht „Barrierefreie Informationen zur Kommunalwahl“*

Die Lektüre des Berichts über barrierefreie Informationen zur Kommunalwahl ist natürlich ein Vergnügen. Es scheint, die Irritationen, die es noch zur letzten Landtagswahl gegeben hat, sind mehr oder weniger ausgeräumt. Die Landesregierung kann sich hier wohl ein bisschen auf die Schulter klopfen, die Resonanz aus den Gemeinden und Kreisen ist durchweg positiv gewesen, keinerlei Beschwerden von niemandem. Das erkennen wir beim SSW an und freuen uns darüber, denn die leichte Sprache ist uns im Sinne von barrierefreier Wahlinformation ein besonders wichtiges Anliegen. Wahlen gehen schließlich alle Wahlberechtigten etwas an und deswegen stehen wir nach wie vor dazu, dass Wahlinformationen nicht nur in Regional- und Minderheitensprachen, sondern auch als Audioversion und in Migrantensprachen zugänglich sein sollten. Mindestens mit einem Hinweis auf den Wahlbenachrichtigungen bis hin zur Onlinepräsenz. Wir selber haben 2017 sogar unsere wichtigsten Wahlforderungen in leichte Sprache übertragen lassen.

Nun reicht leichte Sprache alleine aber nicht aus. Wir diskutieren hier ja den Vorschlag, in amtlichen Bescheiden von Landesbehörden Formulierungen zu



nutzen, die selbstverständlich rechtssicher sind, aber eben auch nachvollziehbar und verständlich formuliert. Vielleicht kennen sogar einige von Ihnen es: Post vom Amt lässt uns manchmal schon ein bisschen zweifeln. Es ist nun mal einfach so, dass die meisten Menschen Probleme mit dem haben, was wir als „Behördendeutsch“ verstehen. Eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach konnte schon 2008 feststellen, dass 86 Prozent der Befragten, unabhängig vom Bildungsgrad, Schwierigkeiten beim Lesen und Verstehen von Behördenschreiben hatten.

Manchmal werden Schriftstücke nicht um Fremdwörter und Fachbegriffe herumkommen. Verwaltungssprache wird immer auch Fachsprache bleiben. Aber bestimmte standardisierte Anschreiben, die keine Rechtstexte sind, amtliche Vordrucke mit vorformulierten Textbausteinen beispielsweise, könnten durchaus auch anders verfasst werden. Ohne Schachtelsätze, mit direkter Anrede, weniger kategorisiert. Da ist dann natürlich die Kunst, den Spagat zwischen rechtssicherer Formulierung und sprachlicher Transparenz zu schaffen. Wir denken aber es ist wirklich noch Luft nach oben da, wenn es darum geht, dass in amtlichen Bescheiden ganz einfach so formuliert wird, dass es auch der durchschnittliche Mensch ohne Jura-Studium verstehen kann.

Mit der Kritik an Behördensprache sind wir nicht einmal besonders innovativ. Aus der Sprachwissenschaft wissen wir, dass es schon im 18. Jahrhundert die gleiche Kritik am Amtsdeutschen gab wie heutzutage. Aber ich bin frohen Mutes, dass sich da im einundzwanzigsten Jahrhundert mit ein bisschen gutem Willen und Schulungen unserer Verwaltung in Schleswig-Holstein einiges verändern ließe. Konzepte liegen ausreichend vor. Es gibt Netzwerke, Agenturen und Institute, die sich der verständlichen Sprache im Deutschen widmen. Und der Blick nach Skandinavien zeigt: es geht bereits anders. In Schweden beispielsweise, wo die sprachenpolitische Debatte gesellschaftlich viel breiter geführt wird, unterscheidet sich die Verwaltungssprache nur noch wenig von der Standardsprache.

Nordrhein-Westfalen geht auch schon mit gutem Beispiel voran. In den letzten Monaten sind dort schon 600 Vordrucke auf Lesbarkeit hin überarbeitet worden. Die Verwaltung ist ein Serviceorgan für die Bürgerinnen und Bürger und soll in den verschiedenen Lebenssituationen unterstützen und nicht verkomplizieren. Bürgerfreundliche Schriftsprache sollte im eigenen Interesse der Verwaltung liegen.

Manchmal sind es ja schon kleinere Sachen, die die Wirkung komplett verändern können. Wenn man zum Beispiel schreibt: „Zögern Sie nicht, nachzufragen!“. Ich kann Ihnen versichern, die Menschen zögern dann auch



nicht. Bürgerfreundlichkeit lohnt sich, auch in der Sprache.